

Dr. Michael Luther



Liebe Parteifreunde, liebe Mitstreiter, sehr geehrte Damen und Herren!

Bundeskanzlerin Angela Merkel hat in ihrer Regierungserklärung am Freitag noch einmal eindrucksvoll die Position der Bundesregierung für die Lösung der Euro-Krise dargelegt. Wir brauchen in Europa ein zusammenhängendes Konzept von Solidarität, Eigenverantwortung und zukunftsweisender Reform der Europäischen Union. Nur wenn wir in Zukunft die Stabilitätskriterien über den Europäischen Gerichtshof und die europäischen Institutionen durchsetzen, können wir das Vertrauen der Anleger und der Finanzmärkte in die dauerhafte Stabilität der Euro-Zone zurückgewinnen.

Deswegen wird Deutschland beim Europäischen Rat am 9. Dezember gemeinsam mit Frankreich dafür werben, dass die Europäische Union schnellstmöglich die notwendigen Voraussetzungen schafft, um EU-Haushaltssünder stärker als bisher zur Rechenschaft zu ziehen. Die Bundesregierung und die Unionsfraktion werden weiterhin der europäischen Öffentlichkeit verdeutlichen, dass die gegenwärtige schwierige Lage der Euro-Zone nicht etwa daran liegt, dass die Europäische Zentralbank keine unbegrenzte Staatsfinanzierung betreibt oder dass es keine

In dieser Ausgabe

EU-Vertragsreform	
Regierungserklärung zum EU-Gipfel	S. 2
Stuttgart 21	
Die Grünen sind am Volk gescheitert	S. 3
Daten, Fakten. Wissenswertes	
sowie die Woche im Parlament	S.4
Sächsischen Union	
Stanislaw Tillich erneut zum Landesvorsitzenden gewählt	S.5
Die Sächsische Union verurteilt politischen Extremismus	S.6
In Summe besser“	
Stadtmarketing muss nicht Auswahl sein	S.7
Zu Guter Letzt	
Impressum & Termine	S.8

Eurobonds gibt, mit denen die Schulden vergemeinschaftet würden. Vielmehr werden wir unablässig klarmachen, dass das Problem in der übermäßigen Staatsverschuldung und der mangelnden Wettbewerbsfähigkeit einzelner Länder der Euro-Zone sowie in grundlegenden Konstruktionsmängeln der Wirtschafts- und Währungsunion liegt.

Wir haben keine Zeit zu verlieren, denn es geht um sehr viel. Die Kanzlerin hat recht: Scheitert der Euro, scheitert Europa. Für Deutschlands Zukunft, für seinen Wohlstand, für sein soziales Gemeinwesen ist ein prosperierendes Europa mit einem stabilen Euro

unverzichtbar. Insofern wäre Deutschlands Zukunft niemals von der Zukunft der Europäischen Union trennbar.

Deshalb muss nun die Vertragsänderung schnell voran gehen, damit sie als Signal der Entschlossenheit der Europäischen Union wahrgenommen wird. An der Bereitschaft zur Mitwirkung an einer dauerhaften Stabilitätsunion wird man ablesen können, ob die Länder, die jetzt Probleme haben, in Zukunft entschlossen auf einen stabilen Haushaltspfad zurückkehren werden.

Wir brauchen klare Regeln für die Euro-Zone. Wir sind

entschlossen, sie so gemeinschafts- und unionsfreundlich wie möglich zu gestalten. Dafür brauchen wir aber die Mitwirkung der anderen Partner in der Europäischen Union. Es muss gelten: Kein Land der EU hat das Recht, die anderen daran zu hindern, notwendige Vertragsreformen zu vereinbaren.

Ihr und Euer

EU-Vertragsreform ist das Ziel

Regierungserklärung von Bundeskanzlerin Angela Merkel zum EU-Gipfel –

Bundeskanzlerin Angela Merkel hat sich vehement für Vertragsänderungen ausgesprochen, um die Staatsschuldenkrise in der Europäischen Union zu überwinden. In einer Regierungserklärung zum bevorstehenden EU-Gipfel im Bundestag am Freitag bekannte sich Merkel ausdrücklich zum Ziel einer Stabilitäts- und Fiskalunion. Das bedeute auch „starke Durchgriffsrechte“ für Brüssel.

Die Kanzlerin stellte klar, dass Europa nicht nur unter einer Staatsschuldenkrise leide, sondern auch unter einer Vertrauenskrise. Nur mit einer Fiskalunion könne das verlorengegangene Vertrauen in die Politik wieder hergestellt werden, betonte die Kanzlerin. Sie bezeichnete die Krise auch als „Chance zur Umkehr“.

Nur zwei europäische Institutionen genießen laut Merkel noch uneingeschränktes Vertrauen: der Europäische Gerichtshof (EuGH) und die Europäische Zentralbank (EZB). Sie werde auch in Zukunft alles dafür tun, um die Unabhängigkeit beider zu wahren, sagte die Kanzlerin. Die Geldwertstabilität sei eine Aufgabe der EZB, die in den Verträgen festgeschrieben sei. Als Bundeskanzlerin werde sie daher weiterhin nicht kommentieren, was die EZB tue oder lasse.

Alle EU-Staaten an der Fiskalunion beteiligen

Mit der Änderung der Europäischen Verträge sollen nach dem Willen der Kanzlerin einklagbare „Durchgriffsrechte“ mindestens für die Euro-Zone ge-

schaffen werden, damit die Verletzung von Stabilitätsregeln künftig geahndet werden kann. Ausdrücklich warb die Bundeskanzlerin dafür, dass sich auch Nicht-Euro-Staaten an dieser Fiskalunion beteiligten. Neue Verträge innerhalb der Euro-Zone seien nur die zweitbeste Lösung, da sonst eine Spaltung der EU drohe.

Die Haushaltshoheit des Bundestages sieht Merkel nicht in Gefahr, wenn die Stabilitätskriterien ohne Wenn und Aber von Brüssel durchgesetzt werden. Der Abbau der Staatsverschuldung sei auch ein Ziel, das sich die Bundesrepublik selbst gesetzt habe. Insofern gehe nationales Handeln Hand in Hand mit europäischer Solidarität.

Durch die Fiskalunion würden auch die Konstruktionsfehler der Wirtschafts- und Währungsunion beseitigt, nämlich den laschen Umgang mit den Regeln des Stabilitäts- und Wachstumspaktes. Merkel forderte für die Zukunft „effektive Antworten auf fortgesetzte Regelverstöße“. Bei Sanktionen müsse es künftig einen Automatismus geben.

Euro-Bonds sind keine Rettungsmaßnahmen

Ausdrücklich lehnte die Bundeskanzlerin erneut eine gemeinsame Haftung für Staatsschulden, die sogenannten Euro-Bonds, ab. Sie seien kein Beitrag zur Überwindung der Krise und keine geeignete Rettungsmaßnahme.

Unterstützung nur bei Gegenleistungen

Der Fraktionsvorsitzende Volker Kauder betonte, dass es Hilfe für in Not geratene Staaten nur bei entsprechenden Gegenleistungen geben dürfe. „Einfach nur Geld zu geben, hätte uns überhaupt nicht weitergebracht“, wies Kauder Vorschläge der Opposition zurück. „An gemeinsame Regeln müsse man sich halten, sonst geht's schief“, sei die Lehre, die aus dieser Krise zu ziehen sei. Kauder erinnerte an die Mitwirkungsmöglichkeiten des Parlaments. Die Koalition im Bundestag habe die Leitplanken vorgegeben, in denen die Kanzlerin beim Gipfel erfolgreich verhandeln könne.

Die EFSF-Leitlinien

Der Haushaltsausschuss hat dem Entwurf der sogenannten Leitlinien zum europäischen Rettungsschirm EFSF Anfang vergangener Woche zugestimmt. Die Leitlinien sollen eine möglichst zielgenaue und transparente Anwendung der EFSF sicherstellen. In ihnen werden der Umfang und die technische Umsetzung der neuen Instrumente des Rettungsschirms konkret benannt.

Für jedes der vier neuen Instrumente des „ertüchtigten“ Rettungsschirms (Primärmarktkäufe, Sekundärmarktkäufe, Darlehen zur Bankenrekapitalisierung, vorsorgliche Programme) gibt es eine eigene Leitlinie. Geregelt werden dort jeweils das Anwendungsziel dieser Instrumente, spezifische Aspekte ihrer Aktivierung, die Bedingungen für ihre Aktivierung, die Überwachung ihrer Anwendung sowie weitere operationale Fragen.

In einem weiteren Dokument werden Modalitäten und Bedingungen festgelegt, mit denen die EFSF ihr Volumen, ihre Kapazität maximieren kann. Ziel ist, die vorhandenen Instrumente unter Hinzuziehung von Mitteln privater Investoren wirkungsvoller auszugestalten. Konkret sind zwei Modelle vorgesehen.

Bei der sogenannten Versicherungslösung ist ein Kreditausfallschutz von 20 bis 30 Prozent des Nominalwertes neuer Staatsanleihen betroffener Euro-Mitgliedstaaten vorgesehen. Idee des sogenannten Co-Investment-Fonds ist, Mittel externer Kapitalgeber mit EFSF-Mitteln zu bündeln. Auch hier wird es einen gewissen Grad an Absicherung der privaten Mittel geben, um einen Investitionsanreiz zu setzen.

Mit dem GKV-Versorgungsstrukturgesetz soll in erster Linie die ambulante ärztliche Versorgung in ländlichen Regionen deutlich verbessert werden. Denn die medizinische Unterversorgung auf dem Land droht zu einem Standortnachteil der betroffenen Regionen werden.

Mit einem Katalog von Anreizen und finanziellen Unterstützungen soll die Landflucht der Ärzte gestoppt werden. So werden Landärzte von Vergütungsbegrenzungen ausgenom-

men. Sie können Preiszuschläge für ihre Leistungen erhalten und von den Kassenärztlichen Vereinigungen über einen Strukturfonds gefördert werden. Wenn sich junge Ärzte in einer ländlichen Region niederlassen, sollen sie dies nicht als unabänderliche Lebensentscheidung empfinden. Deshalb sollen diese Ärzte später bei der Nachbesetzung von Arztstellen in überversorgten Bereichen, also vorwiegend in Städten, besonders berücksichtigt werden.

Um die medizinische Unterversorgung auf dem Land abzubauen, sollen darüber hinaus die Länder mehr Mitwirkungsrechte bei der Bedarfsplanung erhalten.

Über die Verteilung der ambulanten ärztlichen Honorare sollen künftig wieder mehr als bisher die Kassenärztlichen Vereinigungen vor Ort entscheiden. So werden die regionalen Gestaltungsspielräume verbessert.

Viele bisher stationär erbrachte Behandlungen sollen künftig von ambulanten Fachärzten vorgenommen werden können.

Denn die strikte Trennung von ambulanter und stationärer Versorgung scheint angesichts des medizinischen Fortschritts nicht mehr zeitgemäß. Der Ausbau der Telemedizin im ländlichen Raum wird durch eine bessere Vergütung gefördert.

Stuttgart 21

Die Gegner des Projekts Stuttgart 21, vor allem die Grünen, haben bei der Volksabstimmung in Baden-Württemberg eine herbe Niederlage erlitten. Mit 58,8% stimmte eine sehr deutliche Mehrheit für das Infrastrukturprojekt, während 41,2% sich dagegen aussprachen. Auch in der Landeshauptstadt Stuttgart konnten die Projektgegner keine Mehrheit erreichen. Dort stimmten 52,9% für den Weiterbau und 47,1% für den Ausstieg.

Der Ausgang des Volksentscheides ist ein ermutigendes Signal und ein guter Tag für Baden-Württemberg und darüber hinaus. Er macht deutlich, dass die Bürger für große, moderne Infrastrukturprojekte zu gewinnen sind. Die Wirtschaft unseres Landes ruht auf einer starken industriellen Basis, die ohne eine gut ausgebaute Infrastruktur undenkbar ist. Infrastrukturprojekte bedeuten

Wohlstand. Sie dürfen nicht dem kurzfristigen parteipolitischen Vorteil geopfert werden, wie die Grünen dies versucht haben, als sie vor der Landtagswahl aus den Protesten parteipolitischen Nutzen zogen und den Stuttgart-21-Gegnern versprachen, im Falle eines Wahlerfolgs den Bau des modernen Tiefbahnhofs zu verhindern.

Der Volksentscheid hat deutlich gemacht, dass die „gefühlte Mehrheit“, auf die die Grünen in ihrem Protest gegen das Projekt verwiesen, eben nur eines war: „gefühlte“. Die selbsternannten „Sprecher aller Bürger“, so zeigt das Ergebnis, vertreten oftmals nur ihre eigenen Interessen, nicht aber das Gemeinwohl. Wir erwarten nun, dass die Landesregierung ihrer Projektförderpflicht nachkommt und den Bau des modernen Tiefbahnhofs sicherstellt.

Kundus - Untersuchungsausschuss

In dieser Woche wurde der Abschlussbericht des Kundus-Untersuchungsausschusses im Plenum diskutiert. Damit endet die parlamentarische Aufarbeitung des Luftschlags gegen die von den Taliban entführten zwei Tanklastzüge. Die Bundeskanzlerin hat damals im Namen der Bundesrepublik Deutschland den Angehörigen der zivilen Opfern ihr Bedauern und unsere Anteilnahme ausgedrückt und zudem finanzielle Entschädigungen zugesagt, die auch erfolgt sind.

Während seiner insgesamt fast zweijährigen Tätigkeit hat der Ausschuss die Umstände des Luftschlags gründlich untersucht. Die Union hat diese Aufklärung aus ganzer Kraft unterstützt und vorangetrieben, weil hohe Transparenz und intensive Überprüfung des Einsatzes vor Ort wichtige Voraussetzungen für den Erfolg in Afghanistan sind und bleiben. Wir haben uns dabei vehement und erfolgreich allen parteipolitischen Versuchen widersetzt, den

Untersuchungsausschuss zu einem innenpolitischen Kampfmittel zu machen. Damit konnten wir Schaden von der Bundeswehr und unserem Verhältnis zur NATO abwenden. Die Union bleibt die stärkste Stütze der Soldatinnen und Soldaten im Einsatz – ihnen gilt unser Dank, unser Respekt für ihre gefährliche und verantwortungsvolle Aufgaben sowie unsere politische Unterstützung.

Der Untersuchungsausschuss hat nach eingehender Prüfung konkrete Verbesserungen angemahnt, die vom Bundesverteidigungsminister bereits unmittelbar nach dem Luftschlag angegangen worden sind. Dies betrifft vor allem die interne Kommunikation, die Ausgestaltung von Leitlinien sowie die Informationsgewinnung. Das Ergebnis der Aufarbeitung belegt: Die Bundeswehr ist eine verantwortungsbewusste Armee, die auch beim Einsatz militärischer Gewalt höchste Maßstäbe zum Schutz von Zivilisten anlegt.

Konjunktur: Optimismus überwiegt. Trotz Finanz- und Staatsschuldenkrise rechnen nach einer Umfrage des Instituts der Deutschen Wirtschaft Köln die deutschen Unternehmen nicht mit einer Rezession. Eine Mehrheit der Unternehmen geht davon aus, dass ihre Geschäfte im kommenden Jahr stabil verlaufen werden. 31% rechnen sogar mit einem Produktionszuwachs. Nur 19% der befragten Betriebe gehen von einer Produktionsabnahme aus. Derzeit schätzen 46% der Firmen ihre wirtschaftliche Situation besser ein als 2010. Lediglich 15% Prozent bewerten ihre Lage schlechter. Der Rest der Befragten kann keine Veränderungen feststellen. Im Vergleich zum Frühjahr 2011 hat sich die Lageeinschätzung eingetrübt. Damals sagten

60% der Betriebe, ihre Lage sei besser als im Vorjahr. Bei den Exporten rechnen die Unternehmen 2012 mit einem deutlichen Rückgang. So gehen 24% der Betriebe von einer Zunahme ihrer Ausfuhren und 13% von einer Abnahme aus. 2012 wollen 30% der Unternehmen mehr investieren, 20% weniger. Rund 60% der befragten Unternehmen rechnen mit einer stabilen Beschäftigungslage im Jahr 2012. Fast jeder vierte Betrieb plant die Zahl seiner Mitarbeiter im nächsten Jahr zu erhöhen; nur jedes siebte Unternehmen geht von einem Stellenabbau aus. (Quelle: Institut der Deutschen Wirtschaft Köln)

Community-Mitglieder passen Datenschutz individuell an. Nutzer von sozialen Netzwerken legen Wert auf die Möglichkeit, ihre Privat-

sphäre individuell zu bestimmen. Fast alle Community-Mitglieder finden entsprechende Einstellungen wichtig, durch die ihre Daten nur bestimmten Personen zugänglich sind. An der Spitze der Nutzerwünsche steht die Möglichkeit, die Sichtbarkeit von Daten generell nach Personengruppen zu differenzieren (95%). Jeweils 89% halten es für wichtig, dass sie ihre Pinnwand für bestimmte Personen freigeben können oder das eigene Profil vor Suchmaschinen verbergen können. 86% möchten die Möglichkeit haben, die Kommunikation mit einzelnen anderen Mitgliedern zu blockieren, und 82% plädieren für die Option, das eigene Profil auch innerhalb eines Netzwerks unsichtbar machen zu können. 80% der Nutzer sozialer Netzwerke passen das Datenschutz-Niveau indivi-

duell an. Weitere 9% haben die Standard-Einstellungen bewusst übernommen. Lediglich 11% haben sich mit den entsprechenden Möglichkeiten nicht auseinandergesetzt. Insbesondere jüngere Nutzer haben die Voreinstellungen zur Privatsphäre verändert: 89% der 14- bis 29-jährigen Anwender das Datenschutzniveau angepasst. Je älter die Nutzer, desto weniger beschäftigen sie sich mit dem Schutz ihrer Privatsphäre. Auch gibt es Differenzen nach Bildungsabschlüssen. 83% der Abiturienten oder Hochschulabsolventen verändern die Einstellungen, aber nur 69% der Nutzer mit Hauptschulabschluss. Zwei Drittel der Community-Nutzer (66%) fehlen nach eigener Einschätzung noch Informationen, was sie für den Schutz ihrer Daten tun können. (Quelle: Bitkom)

Die Woche im Parlament 28.11. - 2.12.2011

In dieser Woche debattierten wir den **Neunten Bericht der Bundesregierung über ihre Menschenrechtspolitik in den auswärtigen Beziehungen und in anderen Politikbereichen.** Dieser erfasst den Zeitraum März 2008 bis Februar 2010 und stellt erstmals neben den Entwicklungen und Maßnahmen auf internationaler Ebene die im Berichtszeitraum von der Bundesregierung in Deutschland ergriffenen Maßnahmen im Rahmen eines separaten innenpolitischen Teils dar.

Wir haben in dieser Woche die **Fortsetzung des Einsatzes bewaffneter deutscher Streitkräfte bei der Unterstützung der gemeinsamen Reaktion auf terroristische Angriffe gegen die USA** (Operation Active Endeavour/OAE) als Beitrag der

NATO zur Bekämpfung des internationalen Terrorismus beschließen. Der militärische Auftrag besteht darin, bestimmte Bereiche des Mittelmeeres zu überwachen und gleichzeitig zur Abschreckung und Bekämpfung terroristischer Aktivitäten Präsenz zu zeigen. Das Mandat soll inhaltlich unverändert mit einer Obergrenze von 700 Soldatinnen und Soldaten fortgesetzt werden.

Ebenfalls stand die **Beschlussfassung über die Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an der EU-geführten Operation ATALANTA zur Bekämpfung der Piraterie vor der Küste Somalias** an. Die somalische Übergangsbundesregierung bzw. die somalischen Regionalbehörden werden auch in absehbarer Zukunft

nicht in der Lage sein, die von somalischem Staatsgebiet ausgehende Piraterie wirksam zu bekämpfen. Der Schutz durch die Operation Atalanta ist auch für die Versorgung der somalischen Bevölkerung mit Lebensmitteln von zentraler Bedeutung, da die humanitäre Hilfe durch Lieferungen des Welternährungsprogramms oder der Mission AMISOM der Afrikanischen Union überwiegend auf dem Seeweg erfolgt. Das Mandat soll unverändert mit einer Obergrenze von 1.400 Soldatinnen und Soldaten bis zum 18. Dezember 2012 verlängert werden.

Auch die **Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an der EU-geführten Operation ALTHEA zur weiteren Stabilisierung des Friedenspro-**

zesses in Bosnien und Herzegowina wurde beschlossen. Das Mandat soll unverändert bei Absenkung der Personalobergrenze von 900 auf 800 Soldaten fortgeführt werden. Auch ein Jahr nach den Wahlen vom 3. Oktober 2010 bleibt die Lage in Bosnien und Herzegowina kompliziert. Die Regierungsbildung ist bis heute nicht erfolgreich abgeschlossen.

In dieser Woche debattierten wir den **Abschlussbericht** des 1. Untersuchungsausschusses gemäß Art. 45a Abs. 2 des Grundgesetzes, der sich mit dem **Luftangriff auf zwei durch Aufständische entführte Tanklaster am 3./4. September 2009 in Kundus** befasst hat.

Sächsische Union wählt Stanislaw Tillich erneut zum Landesvorsitzenden



Stanislaw Tillich (r.) und Gastredner Horst Seehofer (l.) auf dem Landeparteitag in Plauen

Stanislaw Tillich ist erneut zum Landesvorsitzenden der Sächsischen Union gewählt worden. Mit 89,57 Prozent gaben ihm die 238 Delegierten des 26. Landesparteitages in Plauen den Auftrag, die Sächsische Union in den kommenden zwei Jahren weiter zu führen.

„Ich danke allen für das entgegengebrachte Vertrauen“, sagte der Landesvorsitzende der Sächsischen Union nach seiner Wiederwahl. In seiner Rede vor der Wahl sprach sich **Stanislaw Tillich** für den klaren Kurs des Leitetrags zum Parteitag „Sachsen dienen – Zukunft sichern. Innovation, Wohlstand, Gerechtigkeit aus“. „Wir wollen Freiheit in christlicher Verantwortung und weniger staatliche Gängelerei. Wir wollen Marktwirtschaft in sozialer Verantwortung und keinen Turbokapitalismus. Wir wollen eine Haushaltspolitik mit Verantwortung für unsere Kinder und Kindeskiner anstatt Wohlstand auf Pump“, sagte er.

In seinem Amt bestätigt wurde ebenfalls **Michael Kretschmer**. Mit 79,35 Prozent stimmten die Delegierten für den Vorschlag des Landesvorsitzenden und wählten den Görlitzer erneut

zu ihrem Generalsekretär. „Ich freue mich über das deutliche Ergebnis und habe viele Ideen für unsere weitere Arbeit, die ich mit Ihnen allen gemeinsam umsetzen möchte“, sagte er nach seiner Wahl im Plenum des Parteitages.

Als stellvertretende Landesvorsitzende wurden **Steffen Flath** (80,79 %) aus Annaberg-Buchholz, **Bernd Lange** (79,80 %) aus Görlitz wieder gewählt. Besondere Anerkennung bekam die Oberbürgermeisterin **Helma Orosz** aus Dresden, die in Abwesenheit durch Krankheit ebenfalls wieder zur Stellvertreterin gewählt



Stanislaw Tillich bei seiner Rede auf dem Landesparteitag in Plauen

wurde (92,61 %). Landes-schatzmeister bleibt Dr. **Jürgen Schwarz**.

Der CDU-Kreisverband Zwickau wird im Landesvorstand durch **Ines Springer** (84,12%) und **Gerald Otto** (52,40%) vertreten, die als Beisitzer gewählt wurden. Zudem vertritt **Dr. Michael Luther** unseren Kreisverband in der Landes-CDU, der als Vorsitzender der CDU-Landesgruppe Sachsen im Deutschen Bundestag im Landesvorstand gesetztes Mitglied ist.

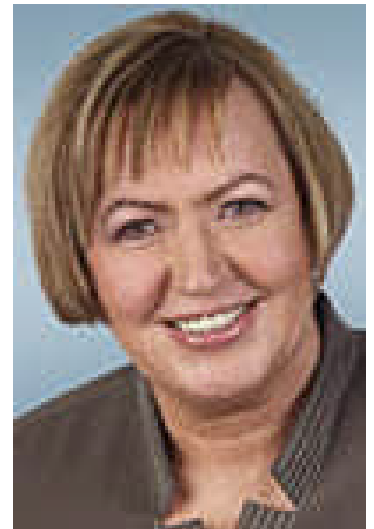
Einer der Höhepunkte des Vormittags war die Rede des CSU-Vorsitzenden und Bayerischen Ministerpräsidenten **Horst Seehofer**. Er machte vor allem die Verbundenheit der Freistaaten Bayern und Sachsen deutlich.

Nach der turnusgemäßen Wahl des Landesvorstands stand der Landesparteitag am Nachmittag ganz im Zeichen des Leitetrags „Sachsen dienen – Zukunft sichern. Innovation, Wohlstand, Gerechtigkeit“, der mit großer Mehrheit als neues Grundsatzprogramm der Sächsischen Union angenommen wurde.

Für den CDU-Kreisverband Zwickau im Landesvorstand:



Dr. Michael Luther (Landesgruppenvorsitz)



Ines Springer (Beisitzer)



Gerald Otto (Beisitzer)

Die Sächsische Union verurteilt politischen Extremismus

Die Sächsische Union beteiligte sich an der öffentlichen Kundgebung für Demokratie und Toleranz am 25. November 2011 um 18 Uhr auf dem Georgenplatz in Zwickau.

Die Sächsische Union rief alle Bürgerinnen und Bürger dazu auf, mit ihrer zahlreichen Teilnahme an der Kundgebung ein deutliches Zeichen für Freiheit, Toleranz und Menschlichkeit zu setzen. Anwesend waren u.a. die Bundestagsabgeordneten Frank Heinrich aus Chemnitz und Michael Luther aus Zwickau, die Zwickauer Landtagsabgeordneten Jan Löffler und Gerald Otto sowie der Sächsische Staatsminister des Innern Markus Ulbig als Vertreter der Sächsischen Staatsregierung.

Im Vorfeld der Veranstaltung sagte der Generalsekretär der Sächsischen Union Michael Kretschmer MdB: „Die Sächsische Union verabscheut Rassismus und fremdenfeindliches Verhalten! Alle Demokraten sind gefordert, gegen Rechtsextremismus Präsenz zu zeigen. Die Sächsische Union wird am

Freitag mit den Zwickauerinnen und Zwickauern gegen nationalsozialistisches Gedankengut demonstrieren. Auch das Angedenken an die friedliche Revolution im Jahr 1989 verlangt von uns, die Ideale von Freiheit, Toleranz und Menschlichkeit zu verteidigen. Die Würde des Menschen ist unantastbar – dafür müssen wir Sachsen alle einstehen.“

Wie viele Zwickauer Bürgerinnen und Bürger zeigte sich auch der Vorsitzende der Landesgruppe Sachsen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Michael Luther MdB, schockiert, dass über Jahre drei Rechtsterroristen unerkannt unter den Zwickauern leben konnten. „In Zwickau ist kein Platz für politischen Extremismus. Es ist wichtig, dass alle Demokraten gemeinsam ‚Nein!‘ sagen zu jeder Form von extremistischer Ausgrenzung und Gewalt. Ich bin sicher, dass die Kundgebung am Freitag eine deutliche Botschaft aussenden wird“, sagte Luther.



Zahlreiche Bürgerinnen und Bürger folgten dem Aufruf

Foto: www.zwickau.de; 05.12.11.

Das parteiübergreifende Zwickauer Bündnis für Demokratie und Toleranz setzt sich seit Jahren dafür ein, Impulse im Kampf insbesondere auch gegen rechtsradikale Tendenzen in der Gesellschaft zu geben, so Luther weiter. „Gemeinsam bieten wir denen, die unsere freiheitlichen Grundrechte mit Füßen treten, die Stirn“, ist sich der Vorsitzende der Landesgruppe sicher.

Der Umstand, dass es diesem Trio über Jahre hinweg

gelingt, unerkannt in der Mitte der Bevölkerung zu leben, zeigt deutliche Defizite in der Zusammenarbeit der Sicherheitsbehörden von Bund und Ländern auf. „Hier gilt es, in den nächsten Wochen Aufklärung zu leisten. Es müssen nun die richtigen Entscheidungen getroffen werden, um unter der Koordination des Bundes die Arbeit von Verfassungsschutzorganen in Deutschland gegen extremistische Tätergruppen effektiver und wirksamer zu gestalten“, so Luther abschließend.

Aufgestockte Städtebaufördermittel wichtig für Kontinuität bei Stadtumbau in Sachsen

Der wohnungspolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion Gerald Otto begrüßt die Entscheidung des Haushaltsausschusses des Bundestages, die Städtebaufördermittel wieder auf das Niveau des Vorjahres anzuheben. Damit sind die im Regierungsentwurf zunächst geplanten Kürzungen in Höhe von 45 Millionen Euro vom Tisch. Der Bund stellt 2012, wie bereits im laufenden Jahr, insgesamt 455 Millionen Euro für den Städtebau zur Verfügung.

„Der engagierte Einsatz der Bauminister und Fachpoliti-

ker der Länder, die Städtebaumittel wenigstens auf dem Vorjahresniveau zu stabilisieren, hat somit Früchte getragen“, sagte Gerald Otto. „Mit der Entscheidung des Bundesausschusses kann auch die Städtebauförderung in Sachsen weiter auf einem hohen Niveau fortgeführt werden. Der Freistaat wird auch die für die Städtebauförderung geplanten Mittel zu 100 Prozent kofinanzieren, was uns die Chance eröffnet, wieder das bisherige Fördervolumen zu generieren.“

Wir stehen aufgrund des demografischen Wandels vor enormen Herausforderungen beim Stadtumbau. So müssten bei einem zu erwartenden Bevölkerungsrückgang von rund 300 000 Einwohnern auch 150 000 Wohnungen zurückgebaut werden. Das stellt die Verantwortlichen im Land und besonders in den Städten vor gewaltige Aufgaben, die nur mit Hilfe einer entsprechenden Förderkulisse zu bewältigen sind. Die Zeiten des flächendeckenden Rückbaus von Platten-siedlungen sind jedoch vorbei. Nun wird es auch an



Gerald Otto

unrentable oder nicht mehr nutzbare Altsubstanz gehen müssen, was unbedingt stadtplanerisch begleitet werden muss“, so Otto abschließend.

Stadtmarketing muss nicht Auswahl sein

Ein bisschen haben unsere Gäste schon gehofft, dass „Marketingprofi“ Dr. Hardo Kendschek das Patentrezept für ein gelungenes Stadtmarketing mitbringt: Ist es nun erfolgreicher mit Robert Schumann, August Horch oder mit der Bergbautradition zu werben?

Die Zuhörer haben gelernt: Von diesem Markendenken muss man sich erst einmal lösen. Der Aufbau der Außenwirkung einer Stadt beginnt von innen und verlangt eine genaue Analyse. Wenn der Taxifahrer am Bahnhof gefragt wird, was denn in Zwickau so los sei und er mault nur „eigentlich nicht viel“, können sich die Zwickauer Hochglanzprospekte und teure Werbestrategien sparen.

Um zu erreichen, dass die Zwickauer ihre Stadt Spitze finden, müssen verschiedenste Anknüpfungspunkte aktiviert werden: Studenten, junge Familien, Pendler und Senioren setzen ihre eigenen Maßstäbe. Ihre Forderungen zunächst in einem Kompetenzteam zu sammeln, rät Hardo Kendschek für den Anfang. Daran schließt sich die vorhersehbare Frage an:

Wer macht es? Wer organisiert es? Hardo Kendschek hält nur bedingt etwas von den „üblichen Verdächtigen“, den etablierten Interessenvertretern und Beauftragten. Einmal mehr muss versucht werden, mit Studenten und jungen Familien direkt ins Gespräch zu kommen.

Die Mitglieder der CDU-Fraktion wissen, dass sie in der Pflicht sind, Möglichkeiten zu schaffen, um das Stimmungsbild bei der jungen Generation einzufangen: Was wird gebraucht? Was wird gewollt? Was ist im Trend? Was bieten andere?

Mit diesen Fragen war das Kommunalforum schnell von den Zwickauer Alleinstellungsmerkmalen um Anforderungen an eine zukunftsfähige Stadtentwicklung erweitert. Und damit kann man dann werben: „Uns ist gelungen, Wohnquartiere zu schaffen, die im Trend sind.“ „Unsere Studenten machen Zwickau bekannt“ usw.

So sehen es auch unsere Gäste, die tagtäglich Marketing umsetzen: Stephen



Dr. Thomas Beierlein
Vorsitzender CDU-
Stadtratsfraktion
Zwickau

Simmon, der Pressesprecher der Gebäude- und Grundstücksgesellschaft Zwickau, André Kleber, der Verantwortliche für das Stadtmarketing in Werdau oder Michael Bilinger, Centermanager der Zwickau-Arcaden.

Für die CDU-Fraktion heißt das: konsequente Umsetzung ihrer aktuellen Stadtratsanträge wie zur Neugestaltung des Bahnhofsvorplatzes oder zur Innenstadtbelebung. Hier zeich-



Kathrin Köhler
Geschäftsführerin CDU-
Stadtratsfraktion
Zwickau

net sich ein Teilerfolg ab: Voraussichtlich ab dem Frühjahr 2012 wird es an Samstagen auf dem Zwickauer Hauptmarkt frisches Obst, Gemüse und mehr geben. Denn der Sachsenmarkt mittwochs ist ein Erfolg - nur nicht für die Zwickauer, die da am Schreibtisch sitzen. So kann die Umsetzung eines Meinungsbildes im Kleinen funktionieren.

Kathrin Köhler
Geschäftsführerin CDU-
Fraktion

Frauen-Union und Evangelischer Arbeitskreis mit neuem Vorstand



Am 10. November wählten die Mitglieder des Kreisverbandes Zwickau der Frauen-Union, in der Pension Flechsig in Hartmannsdorf, einen neuen Vorstand.

Zur neuen Vorsitzenden wurde mit großer Mehrheit Kathrin Köhler gewählt. Die 33-jährige Juristin arbeitet als Geschäftsführerin der CDU-Stadtratsfraktion Zwickau. Zur stellvertretenden Vorsitzenden wurde Margitta Röhner aus Mülsen gewählt. Beisitzer sind: Dana Drechsler, Kerstin Nicolaus, Petra Pfeiffer, Michaela Schäfer, Gisela Tröger und Peggy Wunderlich.



Evangelischer Arbeitskreis der CDU / CSU

Bereits am 3. November wählte der Regionalverband Zwickau/Chemnitz des Evangelischen Arbeitskreises einen neuen Vorstand.

Peter Barth, Pfarrer im Ruhestand aus Limbach-Oberfrohna, wurde erneut als Vorsitzender im Amt bestätigt. Seine Stellvertreter sind Günter Eilfmann, Frank Heinrich MdB und Andreas Wagner. Als Beisitzer wurden in den neuen EAK-Vorstand gewählt: Dr. Fritz Hähle, Harry Münsel, Eberhard Reiche und Marco Wanderwitz MdB.

Beide Vorstände sind für zwei Jahre gewählt.

CDU KV Zwickau

Kreisgeschäftsstelle
Hauptstraße 28/30
08056 Zwickau

Telefon: 0375-282710
Fax: 0375-294567
E-Mail: info@cdu-zwickau.de



Termine Dez. 2011 – Jan. 2012

07.12.11 Landesvorstandssitzung OMV, Ort: Landesgeschäftsstelle der Sächsischen Union, Dresden, Beginn: 17.00 Uhr

11.01.12 Nominierung Oberbürgermeisterkandidat Hohenstein-Ernstthal, Ort: Hotel Schweizerhaus, Beginn: 19.00 Uhr

12.12.11 erweiterte Landesvorstandssitzung Senioren Union, Ort: Dresden, Beginn: 10.00 Uhr

22.01.12 Bürgermeisterwahl in Langenbernsdorf

Impressum

POLITIK AKTUELL ist ein Informationsbrief von Dr. Michael Luther (V.i.S.d.P.).
Er ist Mitglied des Deutschen Bundestages.

Haben Sie Fragen und Anregungen? Zögern Sie nicht, mit Dr. Luther in Kontakt zu treten! Er freut sich auf Ihre Email unter michael.luther@bundestag.de.

Dr. Michael Luther erreichen Sie...

... im Wahlkreis: Hauptstraße 28
08056 Zwickau
Tel.: (0375) 29 17 79
Fax: (0375) 29 45 67
Email: michael.luther@wk.bundestag.de

... in Berlin: Paul-Löbe-Haus, Raum 2.339
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel.: (030) 227 – 7 70 92
Fax: (030) 227 – 7 61 16
Email: michael.luther@bundestag.de
Homepage: www.michael-luther.de